

## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

### Förderprogramm Einbruchschutz

Allein im vergangenen Jahr kam es in Deutschland zu über 150.000 Wohnungseinbrüchen. Fast die Hälfte der Einbruchversuche wird aber abgebrochen, wenn technische Schutzvorkehrungen vorhanden sind. Hier setzen wir jetzt mit einer neuen KfW-Förderung an: Private Eigentümer und Mieter können nun finanzielle Zuschüsse zur Sicherung gegen Wohnungs- und Hauseinbrüche in Anspruch nehmen. Diese Förderung geht auf die Initiative unserer Fraktion zurück. Insgesamt ist das neue Zuschussprogramm auf drei Jahre angelegt. Es wurde vom Bund mit 30 Mio. Euro ausgestattet.

Die Förderung kann jeder beantragen, der in den Einbruchschutz einer bestehenden Wohnimmobilie investiert. Gefördert werden sowohl das Material als auch der fachgerechte Einbau durch Fachunternehmen. Wichtig ist, dass die Förderung vor Beginn der Umbauarbeiten beantragt wird. Der Zuschuss liegt je nach Investitionskosten zwischen mindestens 200 Euro und maximal 1.500 Euro (10 Prozent der Investitionssumme).

Die Förderung erfolgt im Rahmen des bereits bestehenden KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“, bei dem im Zuge der Einrichtung des neuen Zuschussprogramms zur Einbruchsicherung die Förderkonditionen weiter verbessert wurden. Wer Maßnahmen gegen Wohnungseinbruch mit dem altersgerechten Umbau verbindet und gleichzeitig in beides investiert, kann sogar einen Zuschuss von maximal 5.000 Euro bekommen.

Weitere Informationen und Förderdetails sind bei der [KfW](http://www.kfw.de) online abrufbar.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Zehn Monate nach den Anschlägen auf *Charlie Hebdo* und den jüdischen Supermarkt hat der Terror erneut Paris ergriffen. Gezielt wurde auf Menschen geschossen, die unbekümmert im Konzert, in Cafés oder Restaurants die Woche ausklingen lassen wollten. Sie verloren ihr Leben – das Leben zahlreicher Verletzter wird nie mehr so sein wie vorher. Ziel der Angriffe waren aber nicht nur die Menschen vor Ort, sondern sie waren gerichtet gegen unsere Freiheit, unsere Werte, unseren Lebensstil, gegen unsere westliche Gesellschaft.

Unser Zorn über die barbarischen Mörder ist groß, aber wir werden dem Terror die Stirn bieten. Dabei steht, wie die Absage des Länderspiels in Hannover zeigt, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Die Koalition hat in den vergangenen Monaten wichtige Maßnahmen zur Terrorabwehr beschlossen, um etwa die Ausreise potentieller IS-Kämpfer zu verhindern oder um die Terrorismusfinanzierung besser bestrafen zu können. Nicht zuletzt zielen die Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten auf die Aufdeckung terroristischer Netzwerke. Wir dürfen und werden nicht nachlassen, unsere innerstaatlichen Instrumente zur Bekämpfung terroristischer Kräfte zu überprüfen und anzupassen.

Paris zeigt: Die Koordination und der Austausch der europäischen Sicherheitsbehörden sind überlebensnotwendig. Die Terroristen machen nicht an Landesgrenzen halt. Europa muss in Sicherheitsfragen enger zusammenrücken. Zusammen mit Frankreich zeigen wir in der EU den einzig richtigen Weg auf: strengere Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen, zügige Einigung über die Speicherung von EU-Fluggastdaten, schärferes Vorgehen gegen Waffenschmuggel und einen besseren Austausch über Terrorverdächtige.

Wir müssen unser Augenmerk schließlich besonders auf diejenigen richten, die mitten unter uns beharrlich unsere Gesellschaftsordnung ablehnen, Intoleranz stärken und dafür werben, dass religiöse Regeln über den staatlichen stehen. Es bildet sich dort ein Gedankengut, das Nährboden für die Rekrutierung radikaler gewaltbereiter Islamisten ist. Hier gilt es, alle Mittel des Rechtsstaates einzusetzen und mit langem Atem in Gesellschaft, Schulen, Moscheen und auch Gefängnissen Radikalisierungen vorzubeugen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen



© Deutscher Bundestag /  
Achim Melde

### Bundeshaushalt 2016 ohne neue Schulden

Mit dem Bundeshaushalt 2016, den wir in dieser Plenarwoche endgültig beschlossen haben, schaffen wir das zweite Jahr in Folge einen Etat ohne neue Schulden. Der Bund plant im kommenden Jahr mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auszukommen und seine Ausgaben von 316,9 Mrd. Euro ohne neue Kredite zu finanzieren. Das Anwachsen des Schuldenberges ist damit gestoppt, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist.

Gleichzeitig erfolgt die Ausfinanzierung des auf drei Jahre (2016 bis 2018) angelegten 10 Mrd. Euro-Investitionspakets. Mit zusätzlichen Investitionen insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und die Energieeffizienz stärken wir das Fundament für weiteres Wachstum in Deutschland. Die Investitionen werden gegenüber 2015 um gut 1,6 Mrd. Euro auf rd. 31,5 Mrd. € erhöht; die Investitionsquote liegt damit bei rund 10 %.

Nicht zu vergessen ist die steuerliche Entlastung durch das *Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie der Abbau der sog. kalten Progression* mit einem gesamtstaatlichen Volumen von 5,5 Mrd. Euro. Auf den Bund entfallen 2,5 Mrd. Euro Steuermindereinnahmen, die bereits im Regierungsentwurf 2016 eingeplant gewesen sind.

Einige, mir besonders am Herzen liegende Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf möchte ich Ihnen gerne separat aufzeigen:

#### Innere Sicherheit

Der BMI-Etat wird gegenüber dem Regierungsentwurf um gut 1 Mrd. Euro erhöht. Dies führt u.a. zu einer verbesserten Personal- und Sachausstattung beispielsweise im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei den Sicherheitsbehörden und dem Technischen Hilfswerk. Die Mittel für Integrationsmaßnahmen werden im Vergleich zu 2015 um 326 Mio. Euro erhöht.

#### Bildung

Bildung und Forschung haben weiterhin hohe Priorität für die Union. Der Etat des Bildungs- und Forschungsministeriums steigt erneut. Die Ausgaben wachsen gegenüber 2015 um rd. 1,13 Mrd. Euro auf 16,4 Mrd. Euro.

#### Humanitäre Hilfe

Deutschland kommt seiner internationalen Verantwortung angesichts der aktuellen Krisen nach und schiebt im BMZ-Etat 370 Mio. Euro zugunsten der Krisenbewältigung und des Wiederaufbaus sowie für die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Entwicklungsländern haushaltsneutral um. So erfährt der Haushaltstitel „Krisenbewältigung“ eine Erhöhung um 180 Mio. Euro auf insgesamt 400 Mio. Euro. Auch die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“ erhält einen Ausgabenzuwachs um 190 Mio. Euro auf 300 Mio. Euro.

#### Verkehr

Im Verkehrsbereich werden z.B. für die Lärmsanierung an den Schienenwegen weitere 20 Mio. Euro (Baransatz 150 Mio. Euro) bereitgestellt. Auch stehen insgesamt gut 41 Mio. Euro erstmalig für den Bereich *automatisiertes und vernetztes Fahren* im Haushalt zur Verfügung.

Impressum:  
Ausgabe Nr.: 20/15  
27. November 2015

**Helmut Brandt MdB**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227-71472  
Fax: 030 / 227-76471  
E-Mail: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

Wahlkreis:  
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf  
Tel.: 02404/557830  
Fax: 02404/673445  
E-Mail: [helmut.brandt.wk@bundestag.de](mailto:helmut.brandt.wk@bundestag.de)

Internet: [helmut-brandt.de](http://helmut-brandt.de)  
[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://facebook.com/mdb.helmut.brandt)